



PLATFORM
FOR ANALYTICS
AND INTERCULTURAL
COMMUNICATION
(PAIC)

KLARTEXT: UKRAINISCHE THINK TANKS IM GESPRÄCH

Ukrainian Centre for European Policy

Das „Ukrainian Centre for European Policy“ (UCEP) ist erst seit zwei Jahren in der Forschung aktiv, konnte aber bereits die Aufmerksamkeit der Medien, Regierungsbeamten und Diplomaten durch seine schwerpunktmäßige Arbeit zum Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union gewinnen. Heute ist das Zentrum ein junger und ambitionierter Think Tank, der die Umsetzung des Abkommens genau verfolgt. Mitgründerin und Leiterin der Organisation ist Liubov Akulenko, die überzeugt ist, dass Think Tanks eine hochwertige und unabhängige Analyse der Gesetzesänderungen durchführen, während politische Entscheidungsträger die Umsetzung des Assoziierungsabkommens steuern sollen.

Kiew, 2018





Über das Projekt

Das Projekt „**Platform for Analytics and Intercultural Communication**“ (PAIC) hat zum Ziel, die Fachexpertise ukrainischer Think Tanks auszubauen, Synergien zwischen ukrainischen und europäischen, vor allem deutschen, Denkfabriken zu fördern und das Verständnis für die Bedeutung interkultureller Kompetenzen zu erhöhen. Das Projekt wird vom Institut für Europäische Politik e.V. (IEP, Berlin) in Zusammenarbeit mit der International Renaissance Foundation (IRF, Kiew), der Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation (DIF, Kiew) und der Denkfabriken-Initiative „think twice UA“ (Kiew) mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes durchgeführt.

Projektpartner:



Über die Interviewreihe

Die Interviewreihe zielt darauf ab, ukrainische Denkfabriken sowohl in der Ukraine als auch in Deutschland der breiten Öffentlichkeit präsenter zu machen und ein Bild von der Denkfabriken-Landschaft und den allgemeinen Entwicklungen in der Ukraine zu vermitteln. Besonderes Augenmerk wird auf Herausforderungen gelegt, mit denen ukrainische Think Tanks konfrontiert werden, sowie auf deren Rolle bei der Umsetzung von Reformen in der Ukraine.

Verantwortlich für die Interviewreihe

Das Institut für Europäische Politik wurde 1959 als gemeinnützige Organisation auf dem Gebiet der europäischen Integration gegründet. Das Institut zählt zu den führenden außen- und europapolitischen Forschungseinrichtungen. Dabei ist es Aufgabe des Instituts, Themen europäischer Politik und Integration wissenschaftlich zu untersuchen und die praktische Anwendung der Untersuchungsergebnisse zu fördern. www.iep-berlin.de

think twice UA wurde 2016 als Forschungs- und Entwicklungsinitiative gegründet, um die Fachkompetenz und Präsenz von Denkfabriken im öffentlichen Raum zu fördern. Zu ihren Aufgaben zählt die Stärkung der Expertise im Bereich Policy Analysis mit dem Ziel, positive Entwicklungen und die tiefgehenden Transformationsprozesse in der Ukraine voranzubringen. www.thinktviceua.org

Die vorliegende Publikation gibt ausschließlich die Meinung der Befragten wieder und repräsentiert weder die offizielle Position der beteiligten Organisationen noch die des Auswärtigen Amtes.

Redaktionsteam

Herausgeber: Prof. Dr. Mathias Jopp, Direktor, IEP

Leitende Redaktion: Ljudmyla Melnyk, IEP

Redaktion: Yvonne Braun, IEP

Interview: Olga Lvova, think twice UA

Übersetzung: Michael Palahitsky

Layout: Dmytro Mokryy-Voronovskyy

© Institut für Europäische Politik, 2018



Ukrainian Centre for European Policy



Liubov Akulenko ist Mitgründerin und Geschäftsführerin des „Ukrainian Centre for European Policy“ (UCEP). Sie war Koordinatorin der Kampagne „Stronger together“ – einer Initiative der europäischen Botschaften zur Verbreitung der europäischen Idee in der ukrainischen Bevölkerung. Außerdem leitete sie die Abteilung für europäische Integration der Organisation „Centre UA“. Liubov Akulenko ist zudem Expertin für europäische Integration und Mitgründerin der Onlineplattform „Navigator“ zum Monitoring der Umsetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der Europäischen Union.

Foto: UCEP

Das „Ukrainian Centre for European Policy“ (UCEP) wurde 2015 gegründet und feierte vor kurzem sein zweijähriges Jubiläum. Der Think Tank konzentrierte sich von Anfang an auf das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU und wird die Umsetzung dieses strategischen Dokuments in den kommenden Jahren fachlich begleiten. Das UCEP war ein Hauptakteur bei der Entwicklung der einzigartigen Onlineplattform „Navigator“, die ein umfassendes und qualitatives Monitoring der Umsetzung des Abkommens ermöglicht. <http://ucep.org.ua/>



Foto: UCEP



Das Interview

*Olga Lvova,
think twice UA*

*Liubov Akulenko,
UCEP*

Während des Majdans wurde die Idee populär, das Assoziierungsabkommen in Form von Infografiken darzustellen. Das war ein Erfolg: Die Infografiken wurden millionenfach online aufgerufen.

Bei fast all unseren Projekten beschäftigen wir uns mit der Umsetzung des Assoziierungsabkommens.

Der Staat muss die Triebkraft der EU-Integration sein

Frau Akulenko, vor zwei Jahren haben Sie das „Ukrainian Centre for European Policy“ (UCEP) mitgegründet. Was war damals ausschlaggebend für die Gründung eines neuen Think Tanks?

Nach dem Majdan 2014 war es sehr wichtig, das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union der breiten Öffentlichkeit verständlicher zu machen. Vor dem Majdan entstanden bereits die ersten Infografiken über das Assoziierungsabkommen, die sehr populär wurden. Zu dem Zeitpunkt sah ich die Think Tanks eher skeptisch, weil ich glaubte, dass niemand ein so komplexes Produkt brauchte, wie es die Think Tanks hervorbrachten. Um die Masse zu erreichen, musste das Produkt vereinfacht werden, da die Menschen heute entweder keine Zeit haben oder einfach zu faul sind, lange Texte zu lesen. Man liest nur Schlagzeilen. Daher machen wir, wenn wir ein Policy Paper schreiben, daraus auch unbedingt einen Policy Brief.

Während des Majdans wurde die Idee populär, das Assoziierungsabkommen in Form von Infografiken darzustellen. Das war ein Erfolg: Die Infografiken wurden millionenfach online aufgerufen. Da wurde mir klar, wir müssen handeln. Das war der Wendepunkt. Gleichzeitig wurde der Zugang zum russischen Markt versperrt und die EU gab uns eine einseitige Präferenz. Auf diese Entwicklungen waren einige ukrainische Entscheidungsträger entweder vorbereitet oder eben gar nicht. Viel wichtiger war allerdings, dass unsere Gesetzgebung darauf absolut nicht vorbereitet war.

Beispielsweise betrifft das Assoziierungsabkommen im Allgemeinen ungefähr 50 Prozent der Gesetzgebung rund um Lebensmittel. Wir sind ein riesiges Agrarland und alles, was im Abkommen steht, ist sehr technisch. Es muss erklärt werden, warum es notwendig ist, diesen und nicht den anderen Standard anzunehmen, was uns die Änderungen bringen werden. Das heißt, das Assoziierungsabkommen braucht eine aktive Aufklärungsarbeit auf allen Ebenen.

Was sind die wichtigsten Projekte Ihrer Organisation?

Bei fast all unseren Projekten beschäftigen wir uns mit der Umsetzung des Assoziierungsabkommens. Wir kontrollieren jährlich die Anpassung der Gesetzgebung im Rahmen des Abkommens und führen dort Sektoranalysen durch, wo solche Anpassungen im Abkommen vorgesehen sind. Außerdem haben wir die Onlineplattform „Navigator“ geschaffen, ein Instrument zur Überwachung der Anpassung der Gesetzgebung, mit dem man die Änderungen in allen Bereichen des Abkommens nachvollziehen kann.



Bitte erzählen Sie mehr über die Onlineplattform „Navigator“. Was sind die Hauptkomponenten des Projektes und wer ist die Hauptzielgruppe?

Die Hauptaufgabe des „Navigators“ besteht darin, die Anpassung der Gesetzgebung bis Ende 2025 in vollem Umfang darzustellen.

Die Hauptaufgabe des „Navigators“ besteht darin, die Anpassung der Gesetzgebung bis Ende 2025 in vollem Umfang darzustellen. Das Instrument führt alle Sektoren auf, in denen die Anpassung der Gesetzgebung stattfinden muss, und die Schritte, die für die Anpassung unternommen werden müssen. Außerdem werden Einschätzungen unabhängiger Experten veröffentlicht, die zeigen, wie unsere Gesetzgebung an die Anforderungen der EU angepasst wird.

Die Initiative „Stronger together“ ist in der Ukraine sehr bekannt. Können Sie sagen, was ihre Gründung veranlasst hat?

Die Initiative „Stronger together“ entstand 2013, als Wiktor Janukowytsh Präsident der Ukraine war, und sollte die damalige Regierung ermutigen, das Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen.

Die Initiative „Stronger together“ entstand 2013, als Wiktor Janukowytsh Präsident der Ukraine war, und sollte die damalige Regierung ermutigen, das Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen. Ein weiteres Ziel der Initiative war, das Abkommen in der Öffentlichkeit präsenter zu machen. In diesem Zusammenhang wurde eine Vielzahl von Informationsprodukten erstellt, die den Inhalt des Abkommens erklärten. Außerdem wurden ukrainische Unternehmen, die in die EU exportieren, beratend unterstützt. Man hat auch Advocacy-Arbeit für die Gesetzgebung betrieben, deren Implementierung im Assoziierungsabkommen vorgesehen wurde.

Verfügen die staatlichen Institutionen momentan über ausreichende Möglichkeiten, die Umsetzung des Assoziierungsabkommens zu überwachen und Expertenbewertungen durchzuführen?

Die Behörden haben zurzeit noch genügend Kapazitäten, die Implementierung des Abkommens zu überwachen, da bisher einfach noch nicht viele Normen und Regulierungen basierend auf dem Abkommen eingeführt wurden. Sie werden zudem vom internen Online-Monitoringinstrument „Puls des Abkommens“ unterstützt, welches derzeit jedoch nicht öffentlich zugänglich ist. Das einzige Problem der Regierung besteht vielleicht darin, dass es an internen Expertenanalysen des Assoziierungsabkommens mangelt, da es nicht genügend Experten dafür in den Ministerien gibt.

Welche Rolle können die Think Tanks hier spielen?

Die Think Tanks sollten meines Erachtens nicht als aktive Antreiber von Reformen auftreten. Sie können allerdings den Staat unterstützen, wenn Bedarf besteht oder wenn eine schwierige Situation eintritt.

Die Think Tanks sollten meines Erachtens nicht als aktive Antreiber von Reformen auftreten. Sie können allerdings den Staat unterstützen, wenn Bedarf besteht oder wenn eine schwierige Situation eintritt. Heute, da das Abkommen vollständig in Kraft getreten ist und wir einen Aufgabenhorizont bis 2025 haben, sind die Bemühungen der Experten zur Umsetzung des Abkommens nicht mehr ausreichend. Die ukrainischen Think Tanks sollten vor allem eine hochwertige und unabhängige Analyse der Gesetzesänderungen im Rahmen des Abkommens durchführen. Warum braucht man das gerade jetzt? In jedem Bereich, in dem die Gesetzgebung angepasst



Warum ich denke, dass unsere Think Tanks keine Antreiber von Reformen sein sollten? Ich bin davon überzeugt, dass die Triebkräfte der EU-Integration in jeglichen Kontexten die Entscheidungsträger sein sollten.

Die Anpassung an europäische Rechtsnormen ist für die Ukraine problematisch, weil diese zurzeit anders als die EU-Mitgliedschaft keinen direkten Anreiz liefert.

wird, muss der Widerstand gegen die Änderung überwunden werden. Aus unterschiedlichen Interessengruppen stammen die Personen, die den gesamten Prozess der Implementierung zunächst blockieren. Solange diese Interessengruppen nicht fachlich davon überzeugt werden, warum es sinnvoll ist, das Abkommen umzusetzen, und was getan werden kann, damit die neuen Rechtsnormen nicht zum Nachteil für sie werden, wird es keine tiefgreifende Reform und keinen Wandel geben. Selbst wenn die Regierung versucht, etwas dem Parlament vorzulegen, verlieren sich die Initiativen in den Ausschüssen der Werchowna Rada, weil viele Abgeordnete diese Interessengruppen vertreten. Unsere Aufgabe sollte daher sein, unabhängige Analysen durchzuführen und fachlich damit zu überzeugen.

Die Anpassung an europäische Rechtsstandards ist ein sehr problematischer Prozess: Er ist teuer und unverständlich und die einzigen, die die Wichtigkeit der Umsetzung des Abkommens verstehen, sind bisher die Landwirte. Im Gegensatz zu den meisten Interessenvertretern blockieren sie den Prozess nicht. Gleichzeitig gibt es dabei viele andere Aspekte, die die Anpassung trotzdem behindern.

Warum ich denke, dass unsere Think Tanks keine Antreiber von Reformen sein sollten? Ich bin davon überzeugt, dass die Triebkräfte der EU-Integration in jeglichen Kontexten die Entscheidungsträger sein sollten. Da die Entscheidungsträger in der Ukraine zurzeit jedoch den Prozess blockieren, müssen wir, als Zivilgesellschaft, sie dementsprechend so weit bringen, dass sie zumindest nicht stören und bestenfalls sogar helfen. Viel mehr Zuständigkeiten haben nun der Präsident, die Regierung und die Vizepremierministerin für europäische Integration, obwohl die Letztere eine Ministerin ohne Geschäftsbereich ist. Jetzt sollte auf politischer Ebene signalisiert werden, dass in jedem Bereich mit verschiedenen Interessengruppen gearbeitet wird. Es sollten regelmäßige Sitzungen und Treffen stattfinden, unter anderem auch mit den Leitern der parlamentarischen Ausschüsse. Solche finden bei uns bezüglich des Abkommens selten statt.

Unsere Organisation wird von internationalen Geldgebern finanziert und hat kein anderes Interesse, als die Gesetzesänderungen voranzutreiben und sie so reibungslos zu gestalten, wie es nur geht. *Die Anpassung an europäische Rechtsnormen ist für die Ukraine problematisch, weil diese zurzeit anders als die EU-Mitgliedschaft keinen direkten Anreiz liefert.* Es handelt sich um ungefähr 500 komplexe EU-Normen, die bis 2025 umgesetzt werden sollen. Das sind ca. 80 Normen pro Jahr. Um das Abkommen umzusetzen und gleichzeitig denjenigen Widerstand zu leisten, die gegen eine (volle) Umsetzung sind, müssen wir die größte Bereitschaft aufbringen, die wir haben. Wir arbeiten wie Feuerwehrleute und agieren nur dort, wo es akute Probleme gibt.



In den meisten Ländern war die Situation anders, weil es dort eine Aussicht auf EU-Mitgliedschaft gab und daher auch eine Anpassungsbereitschaft bestand.

Außerdem haben wir noch vor, die Kommunikation über das Abkommen in den Regionen auszubauen.

Mit Think Tanks im Ausland haben wir überhaupt nicht gearbeitet, weil es nicht so einfach ist, Partner für die Zusammenarbeit zu finden. Allerdings denke ich, dass es in unserem Fall großartig wäre.

Kennen Sie die Erfahrungen, die andere Länder und andere Denkfabriken bei der Überwachung der jeweiligen Assoziierungsabkommen gemacht haben? Welche Länder können als Vorbilder für die Ukraine dienen?

Ehrlich gesagt: Nein, wir gingen unseren eigenen Weg und orientierten uns nicht an den Erfahrungen anderer Länder mit der Umsetzung des Abkommens. *In den meisten Ländern war die Situation anders, weil es dort eine Aussicht auf EU-Mitgliedschaft gab und daher auch eine Anpassungsbereitschaft bestand.*

Wir sind davon überzeugt, dass alle Informationen bezüglich des Assoziierungsabkommens der breiten Öffentlichkeit vermittelt werden müssen. Wenn wir keine konkreten Anreize zur Umsetzung des Abkommens hätten und die Regierung noch dazu nicht bereit wäre, eine starke politische Führung zu demonstrieren, dann hätten wir einen langen Weg vor uns, nämlich mehr als zehn Jahre.

Planen Sie in der Zukunft auch zu anderen Themen außer dem Abkommen zu arbeiten?

Nun ist ein Think Tank eine lebendige Einheit und die Themen ändern sich. Wir sind allerdings ausschließlich an der Implementierung des Assoziierungsabkommens interessiert. Dieses Thema wird uns in den nächsten fünf bis zehn Jahren begleiten und wir werden darauf noch genauer eingehen müssen. *Außerdem haben wir noch vor, die Kommunikation über das Abkommen in den Regionen auszubauen.* Momentan gelingt dies nicht so gut, was schade ist, da es eine sehr wichtige Aufgabe ist.

Arbeiten Sie mit ukrainischen und ausländischen Think Tanks zusammen?

Mit Think Tanks im Ausland haben wir überhaupt nicht gearbeitet, weil es nicht so einfach ist, Partner für die Zusammenarbeit zu finden. Allerdings denke ich, dass es in unserem Fall großartig wäre. Dort arbeitet jeder normalerweise an klassisch politischen Themen wie Korruption, öffentlicher Dienst, Energie und Umweltschutz. Die Anpassung an das Assoziierungsabkommen ist ein komplexes technisches Thema und daher beschäftigen sich damit nur sehr wenige.

Zu einem anderen Zeitpunkt arbeiteten wir eng mit der DiXi Group zusammen und haben sie mit der Zulieferung von Informationen unterstützt. Die direkte Kooperation haben wir allerdings zurzeit eingestellt, da wir uns mehr auf die Analyse der Richtlinien konzentrieren wollen. Außerdem haben wir noch mit der Initiative „Reanimationspaket für Reformen“ im Bereich Advocacy zusammengearbeitet. Großer Wert wird allerdings nicht nur auf die Zusammenarbeit mit dem NGO-Sektor gelegt, sondern auch auf die Kooperation mit dem Privatsektor, da alle Anwälte und Experten in bekannten privaten Unternehmen wie den „Big Four“, der Weltbank oder



in EU-Projekten tätig sind. In diesem Stadium arbeiten wir sehr eng mit ihnen zusammen, da uns die Zusammenarbeit viele Vorteile bringt. Einerseits sorgen wir durch unsere Arbeit für eine effektive Öffentlichkeitsarbeit unserer Partner und andererseits erstellen wir ein gemeinsames Produkt. Ehrlich gesagt kann ich mir unsere Existenz ohne sie nicht vorstellen.

Arbeiten Sie mit dem Regierungsbüro für europäische und euroatlantische Integration zusammen? In welchen Bereichen?

Wir sind die Initiatoren einiger Projekte im Bereich Advocacy, welche vom Regierungsbüro für europäische und euroatlantische Integration sehr gut aufgenommen werden. Ich freue mich, dass dort alles, was wir anbieten, unterstützt wird und dass es mehrere Ideen für die weitere Zusammenarbeit gibt. Wir sind eindeutige Partner. Es freut mich sehr, dass es dort die Kapazitäten gibt, Analysen zu erstellen. Auch wenn wir einige Meinungsunterschiede haben, ist sich das Büro trotzdem bewusst, welche Vorteile die Anpassung von Rechtsnormen bringt.

Was die Werchowna Rada betrifft, sind unsere Hauptpartner Euro-Optimisten und einige progressive Abgeordnete. Die Mehrheit der Abgeordneten ist gegenüber NGOs aus verschiedenen Gründen skeptisch. Mehr als die Hälfte des Parlaments sind Menschen, die es nicht für notwendig halten, mit Think Tanks zusammenzuarbeiten. Sie verstehen nicht, wo das Geld herkommt, und werfen den NGOs vor, Gesetzesentwürfe auf Anweisung von außen vorzubereiten, obwohl das völlig falsch ist.

Außerdem sollen auch die Unternehmen in bestimmten Bereichen des Abkommens ihre eigene Position durchsetzen. Beispielsweise ist es im Kartellrecht vorgesehen, dass Unternehmen das Recht haben, die Entscheidung des Antimonopolkomitees über die Verhängung von Geldstrafen zu widerrufen. Warum müssen wir uns als Think Tank für diese Norm einsetzen und nicht die Unternehmen?

Bezüglich der Umsetzung des Abkommens: In welchen Bereichen funktioniert diese gut in der Ukraine und wo gibt es Nachholbedarf?

Es gibt drei Bereiche, in denen die Umsetzung des Assoziierungsabkommens erfolgreich ist, nämlich Energie, sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen und öffentliche Beschaffung. Im Umweltbereich tut sich etwas, mehr oder weniger. Warum ist das so? Im Energiesektor gab es den politischen Willen. Der Agrarsektor bereitete sich auf den Export vor. Was andere Sektoren betrifft, haben sie sich auf diesen Prozess gar nicht vorbereitet. Daher ist es bei einigen Dingen, die nicht vorangehen, sinnvoll zu warten. Denn die Zeit wird vergehen. In zwei oder fünf Jahren werden sich die Umstände ändern und vielleicht tritt etwas ein, das deutlich machen wird, dass die europäische Integration sinnvoll ist. *Das heißt, die Umsetzung des Abkommens ist eine zivilisatorische Transformation und nicht nur eine Änderung*

Was die Werchowna Rada betrifft, sind unsere Hauptpartner Euro-Optimisten und einige progressive Abgeordnete.

Es gibt drei Bereiche, in denen die Umsetzung des Assoziierungsabkommens erfolgreich ist, nämlich Energie, sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen und öffentliche Beschaffung.

Das heißt, die Umsetzung des Abkommens ist eine zivilisatorische Transformation und nicht nur eine Änderung der Gesetzgebung.



der Gesetzgebung. Die Menschen sollen spüren und verstehen, was europäischer Lebensstandard ist. Daher glaube ich, dass ein Wandel kommen wird, aber die Gesellschaft braucht dafür noch ca. fünf Jahre.

Welche Risiken können entstehen, wenn es in den nächsten fünf bis zehn Jahren keinen Fortschritt bei der Umsetzung des Abkommens gibt? Wird das Abkommen bis 2025 umgesetzt werden?

Selbstverständlich. Hätten wir keinen so aggressiven und zynischen Nachbarn, hätten wir uns entspannen können. Die einzige Möglichkeit zu überleben besteht nun darin, das Abkommen umzusetzen.

Ein anderes Problem, das niemand bedenkt, das aber sehr offensichtlich ist, ist der Arbeitskräftemangel in den östlichen Mitgliedsstaaten der EU. Sie werben öffentlich um ukrainische Arbeitskräfte. Es besteht heute keine Schwierigkeit, zum Beispiel in Polen einen Job zu finden. Polen hat beim Wirtschaftsforum in Krynica berichtet, dass es seit dem EU-Beitritt viele Arbeitskräfte verloren hat. Die einzige Möglichkeit, die Situation zu verbessern, ist, das Bevölkerungswachstum durch interne Maßnahmen zu stimulieren und ukrainische Migranten einzustellen. In Polen wurden bereits 1,5 Millionen Arbeitskräfte aus der Ukraine offiziell registriert. Es handelt sich dabei um junge Leute, unter 40 Jahre alt. Auf diese Art und Weise werden wir in ein paar Jahren alle Arbeitsfähigen verlieren, wenn wir nichts ändern. Das könnte zu einem Zusammenbruch des ganzen Systems führen. Die Anpassung der Gesetzgebung ist die einzige Möglichkeit, die Situation zu verbessern.

Wie kann die Ukraine die Abwanderung von Arbeitskräften verhindern?

Die Abwanderung der Arbeitskräfte kann man nur durch die Reformen sowie durch Anreize für kleinere und mittlere Unternehmen und Investoren eindämmen. Dafür müssen auch europäische Rechtsnormen umgesetzt werden. Die europäischen Standards sind die besten und deshalb die teuersten der Welt, weil sie in allen Bereichen auf die menschliche Sicherheit zielen.

Wir brauchen jetzt eine Studie über die Abwanderung der Arbeitskräfte, um die Situation für die kommenden zehn Jahre vorherzusagen. Diese Studie sollte von staatlichen Institutionen durchgeführt werden, weil danach eine Entscheidung des Staates getroffen werden muss. Wir müssen endlich von reiner Rhetorik zu echten Reformen übergehen. Es klingt vielleicht sehr populistisch, aber es gibt keinen anderen Weg. Alle Länder, die der EU beitraten, hatten einen starken politischen Willen. Selbstverständlich wird es solche geben, die dagegen sind, aber ich glaube, dass der Staat die Triebkraft der europäischen Integration sein sollte. Wir sind daran gewöhnt, dass die Zivilgesellschaft an vielen Stellen die Regierung ersetzt, aber hier wird es nicht so sein. Das werden wir nicht tun.

Ein anderes Problem, das niemand bedenkt, das aber sehr offensichtlich ist, ist der Arbeitskräftemangel in den östlichen Mitgliedsstaaten der EU.

Die Abwanderung der Arbeitskräfte kann man nur durch die Reformen sowie durch Anreize für kleinere und mittlere Unternehmen und Investoren eindämmen.

Wir brauchen jetzt eine Studie über die Abwanderung der Arbeitskräfte, um die Situation für die kommenden zehn Jahre vorherzusagen.



Ja, wir müssen aus den Erfahrungen anderer Länder lernen und ein Ministerium für europäische Integration gründen.

Vielleicht müsste man ein eigenständiges Ministerium für europäische Integration gründen?

Ja, wir müssen aus den Erfahrungen anderer Länder lernen und ein Ministerium für europäische Integration gründen. Aber dies wird einen enormen bürokratischen Widerstand mit sich bringen, da in einem solchen Fall viele Ministerien einen Teil ihrer Zuständigkeiten an das neue Ministerium abgeben müssten. Wir haben eine Vizepremierministerin für europäische Integration, die die Lage begreift, aber keinen Einfluss hat. Ich glaube, dass die polnische Erfahrung für uns sehr lehrreich ist: Dort gibt es ein Ministerium für europäische Integration, welches zuständig ist, Gesetzesentwürfe vorzubereiten. Außerdem sollte das Verfahren der Verabschiedung von Normen im Parlament schnell ablaufen und unter der Kontrolle des Präsidenten und des Vizepremierministers für europäische Integration stehen.

Da es sich im Fall der Ukraine um ein postsowjetisches Land handelt, ist es sehr schwierig, alle Seiten dazu zu bringen, an der Umsetzung des Abkommens zu arbeiten, weil die EU-Mitgliedschaft als Anreiz fehlt.

Es wurde jetzt eine qualitativ neue Phase in den Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU erreicht, wobei das Thema der Vollmitgliedschaft in der EU auf der Strecke zu bleiben und keine Zukunft zu haben scheint. Was muss getan werden, damit dies wieder aufgegriffen wird und neue Ideen entwickelt werden?

Für mich besteht das ganze Problem des Assoziierungsabkommens darin, dass es keine Anreize bietet. Das sind nicht nur meine Worte, sondern auch die vieler Politikerinnen und Politiker aus Mittel- und Osteuropa. Man bekommt den Eindruck, als würden wir uns im Tunnel befinden, aber kein Licht sehen. Es muss ein logisches Ende geben und das gibt es nicht. Im Grunde genommen kann sich ein Land auch ohne EU-Mitgliedschaft verändern und eine Transformation durchleben. *Da es sich im Fall der Ukraine um ein postsowjetisches Land handelt, ist es sehr schwierig, alle Seiten dazu zu bringen, an der Umsetzung des Abkommens zu arbeiten, weil die EU-Mitgliedschaft als Anreiz fehlt.* Ich bin mir sicher, dass die konkrete Mitgliedschaftsperspektive nötig ist. Es ist richtig, dass Petro Poroshenko davon zu sprechen begann. Das darf aber nicht zu einer populistischen Parole werden, da die Europäer schnell Fragen über die Umsetzung des Abkommens stellen würden.

Als die Rede des Präsidenten an das Parlament vorbereitet wurde, gab es zwei Berichte: den der Regierung und unseren. Dies waren die einzigen Quellen, denen man vertrauen konnte, und dass unser Bericht als Grundlage für die Rede genommen wurde, ist sehr erfreulich.

Ihr Monitoringbericht wurde vom Präsidenten für seine Rede an das Parlament verwendet. Wie beurteilen Sie die Verwendung Ihrer Analysen und vielleicht allgemein der Produkte der Think Tanks durch die Regierung?

Ich war erstaunt, ehrlich gesagt. Vielleicht gab es zwei Gründe, unseren Bericht für die Rede zu verwenden: Erstens erarbeitet niemand so einen umfassenden Bericht über die Anpassung und zweitens verfassen wir Berichte in den Bereichen Umwelt, Energie und so weiter. Wir waren die ersten, die begonnen haben, eine solche Überwachung durchzuführen. Dann fing auch das Regierungsbüro für europäische Integration damit an, aber im Gegensatz zu uns konzentrieren sie sich auf die wichtigsten Momente und nicht auf die Qualitätsmessung. *Als die Rede des Präsidenten an das Parlament vorbereitet wurde, gab es zwei Berichte: den der Regierung und unseren. Dies waren die einzigen Quellen, denen man vertrauen konnte,*



und dass unser Bericht als Grundlage für die Rede genommen wurde, ist sehr erfreulich. So soll es auch sein, denn es ist wichtig, die unabhängige Meinung der Think Tanks einzubeziehen.

Wie sehen Sie das Verständnis der Regierung im Allgemeinen, was die Bedürfnisse der Zivilgesellschaft betrifft?

Leider bilden momentan Think Tanks und NGOs die einzige unabhängige Gruppe in der Ukraine und diese gibt es nur dank der internationalen Geldgeber.

Leider bilden momentan Think Tanks und NGOs die einzige unabhängige Gruppe in der Ukraine und diese gibt es nur dank der internationalen Geldgeber. Unsere Ressourcen kann man mit denen der Oligarchen nicht vergleichen. Wir sind im Vergleich sehr arm, aber trotzdem nicht allzu schlecht aufgestellt. Außerdem hat die Ukraine ein großes Vertrauen in die Zivilgesellschaft, wie man an den aktuellsten soziologischen Umfragen sieht.

Ich denke, das Präsidialamt hat ein klares Verständnis von unserem Einfluss als NGO auf die öffentliche Meinung. Wir sind unabhängig, da wir von internationalen Geldgebern finanziert werden. Daher ist es für die Regierungsbehörden dementsprechend schwierig, uns zu beeinflussen. Dies sollte jedoch nicht gefürchtet werden und genauso sollte man keine Angst vor einer anderen Meinung haben. Wenn das Präsidialamt die Ukraine als eine Demokratie und nicht als eine Diktatur sehen will, dann sollte man sich an den Pluralismus von Gedanken und Positionen gewöhnen.

Welche Schwachstellen haben ukrainische Think Tanks und wo sehen Sie Perspektiven?

Für die Regierung ist es eine gute Unterstützung bei der Entscheidungsfindung, mit Think Tanks zusammenzuarbeiten.

Ich denke, dass Think Tanks dringend benötigt werden. Für die Regierung ist es eine gute Unterstützung bei der Entscheidungsfindung, mit Think Tanks zusammenzuarbeiten.

Was sind die Schwächen? Es scheint mir, dass die Analysen nicht immer hochwertig sind und dass es sehr schwierig ist, Analysen im Allgemeinen zu kommunizieren. Das Schlimmste ist für mich, wenn sie in der Schublade verschwinden und niemand sie braucht. Und das größte Problem hat nicht einmal mit den Think Tanks zu tun, sondern mit der Tatsache, dass die Menschheit so faul geworden ist, dass der Eindruck entstehen könnte, niemand möchte mehr etwas lesen. Wenn man für einen Entscheidungsträger interessant sein möchte, sollte man die Ergebnisse auf einem Blatt Papier darstellen. Ich habe den Eindruck, dass wir bald den Punkt erreichen werden, wo Informationen auf einem Blatt Papier auf ein Minimum reduziert werden. Ich denke, dass sich die Formate von Analysen stark verändern werden.

Es wäre schön, wenn es in den Regionen auch einflussreichere Think Tanks gäbe, welche die Probleme vor Ort analysieren.

In der Ukraine hat es sich so entwickelt, dass sich die einflussreichsten Think Tanks in Kiew befinden. Es wäre schön, wenn es in den Regionen auch einflussreichere Think Tanks gäbe, welche die Probleme vor Ort analysieren. Momentan gibt es in den Regionen das folgende Problem: Wenn den Regionalregierungen beispielsweise Gelder für Projekte zu Energieeffizienz zur Verfügung gestellt werden, werden sie nicht angenommen, weil es an Expertise fehlt, ein Projekt richtig durchzuführen. Daher ist eine aktive Unterstützung regionaler Think Tanks notwendig.